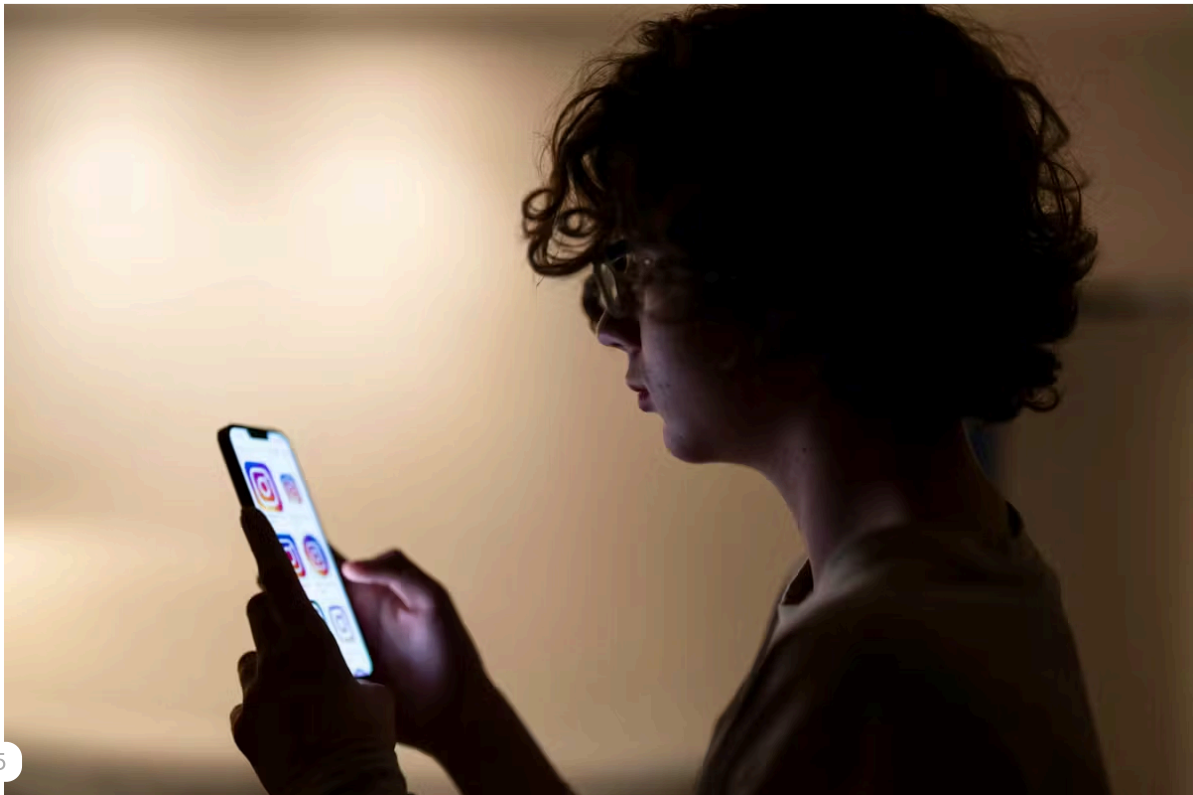


Publiziert 6. Februar 2026, 18:42

GESETZE

Hier dürfen Kinder Social Media noch nutzen – und hier nicht mehr

Nach dem globalen Vorreiter Australien wollen immer mehr Länder den Zugang für Kinder und Jugendliche zu sozialen Netzwerken beschränken. Eine Übersicht.



1 / 5

Nach dem Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige in Australien folgen immer mehr Länder dem Beispiel. AFP



Darum gehts



- Weltweit diskutieren Regierungen über Altersgrenzen für soziale Netzwerke.
- Kinder und Jugendliche sollen vor negativen Auswirkungen der Plattformen geschützt werden.
- Australien hat bereits ein Verbot für unter 16-Jährige umgesetzt, in Frankreich und Spanien stehen Gesetze kurz vor dem Abschluss.

Die Liste der Länder, in denen ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche immer wahrscheinlicher wird, wird länger. Man will Kinder und Jugendliche vor den gesundheitsschädlichen Auswirkungen bewahren. Zu den Risiken zählen etwa [Cybermobbing](#), das ständige Vergleichen mit anderen oder mit teils unrealistischen Vorbildern sowie brutale Inhalte.

Vorangegangen ist Australien. Seit Dezember haben Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zugang mehr zu Instagram und Co. Snapchat hat mitgeteilt, man habe bereits fast eine halbe Million Konten gesperrt. Ein Überblick, was in anderen Ländern derzeit diskutiert wird.

Frankreich

Die Nationalversammlung in Paris hat ein Verbot von Online-Netzwerken für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren [auf den Weg gebracht](#). Die Abgeordneten stimmten vergangene Woche mit einer deutlichen Mehrheit von 130 zu 21 Stimmen für den Gesetzesentwurf, der Mitte Februar an den Senat geht. Bereits zum nächsten Schuljahr könnte die Reform dann in Kraft treten.

«Vom 1. September an werden unsere Kinder und Jugendlichen endlich geschützt sein», erklärte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Onlinedienst X. «Die Hirne unserer Kinder sind nicht zu verkaufen, weder an US-Plattformen noch an chinesische Netzwerke», fügte er hinzu. Ihre Träume sollten nicht durch Algorithmen diktiert werden.

Das in Frankreich geplante Verbot umfasst unter anderem Tiktok, Snapchat und Instagram, schliesst aber Online-Enzyklopädien wie Wikipedia und pädagogische Inhalte aus.

Deutschland

Der Landesverband Schleswig-Holstein hat für den CDU-Parteitag Ende Februar einen entsprechenden Antrag vorbereitet, schreibt die «Bild» am Donnerstag. Die Antragsteller fordern ein Mindestalter von 16 Jahren. Es soll eine Altersidentifikation eingeführt werden.

«Kinder haben ein Recht auf Kindheit. Wir müssen Kinder auch in der digitalen Welt vor Hass, Gewalt, Verbrechen und manipulativer Desinformation schützen. In sozialen Netzwerken sind sie Inhalten ausgeliefert, die sie nicht einordnen und verarbeiten können», sagt CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann gegenüber «Bild». Die SPD lehnt ein Verbot solcher Art ab. Sie bezeichnet es als «realitätsfern, rechtlich schwer durchsetzbar und ein Ausschluss von digitaler Teilhabe».

Spanien

Ministerpräsident Pedro Sánchez kündigte am Dienstag auf einem Gipfeltreffen in den Vereinigten Arabischen Emiraten den Plan der Regierung an, das Mindestalter für soziale Medien auf 16 Jahre zu setzen.

«Heutzutage sind unsere Kinder einem Raum ausgesetzt, den sie niemals alleine hätten navigieren sollen», sagte Sánchez. «Wir werden das nicht mehr länger akzeptieren.»

Was hältst du von Altersbeschränkungen für Social Media für Kinder und Jugendliche?

- ☐ Das ist längst überfällig und schützt sie vor schädlichen Inhalten.
- ☐ Ich finde es übertrieben, man sollte ihnen den kritischen Umgang beibringen.
- ☐ Es kommt drauf an, welche Plattformen und Inhalte betroffen sind.
- ☐ Ich habe dazu keine klare Meinung.

≡ 621 Abstimmungen

Dänemark

In Dänemark gibt es einen Gesetzesvorschlag, der Kindern unter 15 Jahren den Zugang zu sozialen Medien verbieten will.

Griechenland

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am Dienstag unter Berufung auf eine hochrangige Regierungsquelle, man stehe «sehr nahe» vor der Ankündigung eines Verbots für Kinder unter 15 Jahren.

Vereinigtes Königreich

Ein Verbot für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren befindet sich in der Konsultation, berichtete BBC im Januar. Das Massnahmenpaket enthält auch Regeln zur Handynutzung an Schulen. Die Konsultation soll drei Monate dauern.

Irland

Am Donnerstag hat Medienminister Patrick O'Donovan erklärt, man werde dem Beispiel anderer Länder in absehbarer Zeit nicht folgen. Darüber berichtet die «Irish Times».

Norwegen

Vorgesehen ist derzeit ein Gesetz, welches soziale Netzwerke für unter 15-Jährige unzugänglich machen soll. «Dies ist eine der dringendsten sozialen und kulturellen Herausforderungen unserer Zeit, und sie lässt sich nicht allein durch nationale Massnahmen lösen. Wir wollen die europäische Zusammenarbeit stärken, um ein sicheres digitales Umfeld für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten», sagte Ministerpräsident Jonas Gahr Støre im vergangenen Jahr.

Italien

Geprüft wird ein Gesetzesentwurf, der den Zugang zu Social Media für unter 15-Jährige beschränken soll.

Neuseeland

Geht es nach dem Premierminister, sollen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren die sozialen Netzwerke nicht mehr nutzen dürfen. Das Gesetz solle eine Regelung umfassen, welches die Unternehmen dazu verpflichtet, das Alter seiner Nutzer zu überprüfen. Andernfalls sollen sie eine Strafe von bis zu zwei Millionen neuseeländischer Dollar (ca. 927'000 Franken) begleichen müssen. Wann der Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht wird, ist noch unklar.

Malaysia

Seit Jahresbeginn läuft ein Programm, um verschiedene Mechanismen zum Schutz von Kindern zu testen. Das soll die Grundlage für spätere gesetzliche Regelungen legen.

«Unser Ansatz besteht nicht darin, einfach Anweisungen zu erteilen. Wir laden alle Plattformen in einen Raum ein, der in der Technologiewelt als <Sandbox> bekannt

ist, damit die Ziele der Regierung mit den Fähigkeiten und Werkzeugen der Plattformen in Einklang gebracht werden können», so Kommunikationsminister Datuk Fahmdi Fadzil gegenüber «New Straits Times».

So siehts in der Schweiz aus

[SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider](#) zeigte sich im Dezember offen für ein Social-Media-Verbot. Sie sagt im Interview mit dem «[SonntagsBlick](#)», Kinder müssten besser geschützt werden. Der Bundesrat arbeite an einem Bericht. Zudem sei ein neues Gesetz zur Regulierung von Plattformen in der Vernehmlassung.



Im Dezember zeigte sich Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider offen, ein Social-Media-Verbot im Bundesrat zu diskutieren. 20min/Stefan Lanz

Baume-Schneider verwies auf Risiken wie Essstörungen, Gewaltverherrlichung und Kinderpornografie. Zudem betont sie: «Die Algorithmen können die negativen Effekte verstärken.» Die Bundesrätin stellt auch die Frage nach der Verantwortung der Plattformen. Sie sagt, man müsse klären, was genau reguliert werden solle: die Nutzung durch Kinder, die Verbreitung gefährlicher Inhalte oder Algorithmen, die gezielt auf die Verletzlichkeit von Jugendlichen abzielten. Diese Fragen würden 2026 vertieft diskutiert.